Joachim von Ribbentrop in Nürnberg

Von Ribbentrop wurde aufgehängt, weil er den Molotov-Ribbentrop Pakt unterschrieben hatte, der dem Angriff an Polen vorausging und ihn überhaupt ermöglicht hatte.
[*gv: Es war kein Angriff sondern ein Gegenangriff nachdem die Polen 14 Angriffe auf die Grenze machten und deutsches Land betraten und schossen~gv.]

Ribbentrop verteidigte seine Handlungen mit der Begründung, daß über einen Zeitraum von 20 Jahren eine Million Deutsche aus dem polnischen Gebiet vertrieben worden seien. Sie hätten unter zahllosen Greueltaten leiden müssen, und Klagen an den Internationalen Gerichtshof in den Haag oder an den Völkerbund seien ebenso lange außer Acht gelassen worden.

Die Opfer seien ethnische Deutsche mit polnischer Staatsangehörigkeit und Wohnsitz in den Gebieten, die gemäß dem Versailler Vertrag dem neuen polnischen Staat überlassen worden waren.

Am 23. Oktober 1938 machte Ribbentrop den Polen ein Angebot, das der britische Botschafter, Sir Neville Henderson, als vernünftig ansah und als einen “reinen Völkerbundvorschlag” bezeichnete: Ribbentrop bat um eine Volksabstimmung im polnischen Korridor, die Heimkehr Danzigs (eine rein deutsche Stadt) ins Reich, und – falls die Polen die Abstimmung gewinnen sollten – den Bau einer extraterritorialen 2-gleisigen Eisenbahn und einer Autobahn durch den Korridor nach Ostpreußen, das seit 1920 vom übrigen Deutschland abgeschnitten war und unlogischerweise praktisch nur mit dem Schiff erreicht werden konnte; das heißt, die Deutschen wollten eine Landbrücke nach Ostpreußen (X 260-269 {295-304}; 280-281 {317-318}; 367-369 {416-417}).

Als Gegenleistung hätten die Polen eine vorteilhafte finanzielle Entschädigung erhalten. Man sagte ihnen Hafenanlagen und die ungehinderte Ausfuhr von polnischen Gütern durch den Hafen von Danzig zu. Die Zukunft des Korridors wäre in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Selbstbestimmung entschieden worden, die Polen hätten einen Zugang zum Meer erhalten, und der Deutsch-Polnische Freundschaftspakt (1934 trotz heftigen deutschen Widerstands von Hitler unterschrieben), wäre für einen zusätzlichen Zeitraum erneuert worden (XIX 362-368 {399-406}. Für die Auslegung derselben Ereignisse durch die Anklage, siehe III 209-229 {237-260}).
So ähnlich sah der “Naziplan zur Eroberung der Welt” aus, der als Vorwand für den ganzen Krieg gebraucht wurde, der später zu den Verbrechen von Pearl Harbor, Hiroshima, und Yalta führen sollte.

Die Polen haben aber geantwortet, daß jede Änderung im Status von Danzig Krieg mit Polen bedeuten würde. Eine allgemeine Mobilmachung wurde angeordnet. Die Vertreibungen hörten nicht auf; die Flüchtlingslager an der Grenze zu Polen wurden immer voller.

Der polnische Botschafter, Lipski, soll am 31. August 1939 gesagt haben, daß ihm die Zustände in Deutschland völlig bekannt seien, weil er viele Jahre im Land stationiert gewesen sei. Er sei an keiner Botschaft und keinem Angebot aus Deutschland interessiert. Falls es Krieg gebe, werde in Deutschland die Revolution ausbrechen, und die polnische Armee werde in Siegestriumpf nach Berlin marschieren (XVII 520-521 {565-566}; 564-566 {611-614}; XX 607 {661}).

Ribbentrop sagte aus, daß die Haltung der Polen einen Krieg unvermeidlich gemacht habe; das Problem des Korridors und die Vertreibungen hätten gelöst werden müssen; für Hitler sowohl als auch für Stalin seien die von der Teilung Polens betroffenen Gebiete für beide Länder nach einem katastrophalen Krieg und ebenso katastrophalen Friedensverträgen verloren gegangen (X 224-444 {254-500}; XVII 555-603 {602-655}).

Für die Deutschen im Nürnberger Prozeß gab es nur eine einzige mögliche Erklärung: die Polen und die Briten waren mit der sogenannten deutschen Widerstandsbewegung in Kontakt gewesen, die seine eigene Wichtigkeit ungeheuer übertrieben hatte (XVII 645-661 {699-717}; XIII 111-112 {125-126}).

Hitlers Dolmetscher erschien als Zeuge und sagte aus, daß die Deutschen einfach nicht hätten glauben können, daß die Briten auf dieser Grundlage in einen Krieg gegen Deutschland gegangen wären, wenn der britische Botschafter zugegeben hätte, daß die Deutschen einen vernünftigen Lösungsvorschlag gemacht hätten. Laut dem Dolmetscher, Paul Schmidt, habe eine ganze Minute Stille geherrscht, als die Nachricht von der britischen Kriegserklärung bekanntgemacht worden sei; endlich habe Hitler sich an von Ribbentrop mit der Frage gewandt: “Was machen wir denn jetzt?” (X 200 {227}).

Schmidts Aussage warf auch ein neues Licht auf eine berühmte von Ribbentrop zugeschriebene Bemerkung, die Juden sollten entweder getötet oder in KZs eingesperrt werden. Was geschah, war laut Schmidt (X 203-204 {231}) folgendes: Hitler hatte Horthy unter Druck gesetzt, damit er strengere Maßnahmen gegen die Juden einführen sollte. Horthy fragte: “Ja, was soll ich denn tun? Soll ich die Juden vielleicht totschlagen?.” Ribbentrop war sehr irritiert und antwortete: “Ja, es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder das, oder die Juden zu internieren.” Diese Bemerkung war im Konferenzprotokoll so ausgelegt worden: “Der Reichsaußenminister sagte, die Juden sollten entweder getötet oder in KZs eingesperrt werden.” Diese Bemerkung wurde während des ganzen Prozesses gegen von Ribbentrop und andere Angeklagte gebraucht, trotz Schmidts Aussage, daß das Protokoll ungenau sei (X 410-411 {462-463}).

Laut von Ribbentrop, Raeder, Göring, und fast allen anderen Angeklagten

außer Schacht waren die Deutschen nicht für einen Krieg vorbereitet und hatten keine “Aggressionen” geplant (XVII 522 {566-567}), XXII 62, 90 {76, 105}).

Der Überfall auf Belgien, Holland, und Frankreich war keine “Aggression,” weil Frankreich Deutschland den Krieg erklärt hatte. Belgien und Holland erlaubten britischen Flugzeugen, jede Nacht ihre Gebiete zu überfliegen, um das Ruhrgebiet zu bomben. Die Deutschen hatten 127 mal schriftliche Beschwerden eingereicht (XVII 581 {630}, XIX 10 {16}).

Göring, Raeder, Milch, und viele andere sagten aus, daß Deutschland 1939 für den Einsatz im Atlantik nur 26 U-Boote gehabt hätten – gegenüber 315 U-Boote im Jahre 1919 (XIV 26 {34}) – und daß diese nicht ausreichend mit Torpedos ausgestattet gewesen seien. Ferner, daß man einen “lächerlichen” Bombenvorrat gehabt habe (XIX 4-5 {11-12}).

Hitler teilte im Mai 1939 Milch mit, daß man keine volle Bombenproduktion brauche, weil es zu keinem Krieg kommen werde. Milch erwiderte, daß man mehrere Monate benötige, um wieder auf die volle Bombenproduktion zu kommen. Der Befehl, die volle Bombenproduktion anzufangen, wurde nicht vor dem 12. oder dem 20. Oktober 1939 gegeben (IX 50 {60-61}; XVII 522 {566-567}).

Die deutsche Luftwaffe war für defensive, genau festgelegte Bombenabwürfe mit begrenztem Ziel bestimmt; die Deutschen hatten bis 1938 mit den Russen sowohl als auch mit den Briten zusammengearbeitet, indem man technische Auskünfte von militärtechnischer Bedeutung ausgetauscht hatte (IX 45-133 {54-153}; XIV 298-351 {332-389}).

Die Deutschen hatten bei weitem nicht die Zahl von Schiffen, und insbesondere U-booten (XIV 24 {31}) gebaut, die ihnen laut den Bestimmungen des Anglo-Deutschen Flottenabkommens von 1935 erlaubt gewesen wäre (XVIII 379-389 {412-425}). Mit diesem Abkommen hatten die Briten anerkannt, daß der Vertrag von Versaille überholt war. Es bedeutete auch, daß Hitler freiwillig die Zahl der deutschen Seekriegswaffen begrenzte (XIX 224-232 {250-259}).

Als der Krieg ausbrach, befanden sich viele deutsche Kriegsschiffe noch im Bau und mußten verschrottet werden, weil man Jahre benötigt hätten, um sie fertig zu machen (XIII 249-250 {279-280}; 620-624 {683-687}).

Laut einer von ihrem Kapitän unterschriebenen Erklärung befand sich die “Gneisenau,” eines von Deutschlands größten Kriegsschiffen, auf einer Schulungskreuzfahrt bei den Kanarischen Inseln, als der Krieg ausbrach, ohne Munitionsvorräte (XXI 385 {425}).

Hitler sei ein Bluffer gewesen, der Politiker gern mit sehr unlogischen, in sich widersprüchlichen Reden terrorisiert habe (XIV 34-48 {43-59}; 329-330 {366}), die sich auch alle gegenseitig widersprochen hätten (XXII 66-68 {80-81}). Aus diesem Grunde seien vor 1941 keine genauen stenographischen Notizen genommen worden (XIV 314-315 {349-350}).

Viele “Hitlerreden” waren “Bearbeitungen” oder Fälschungen (XVII 406-408

{445-447}, XVIII 390-402 {426-439}; XXII 65 {78-79}).
Die Deutschen meinten, sie wären nicht mehr an den Versailler Vertrag gebunden gewesen, weil deren Bestimmungen, insbesondere die Präambel zu Teil V, schon von den Briten, und ganz besonders von den Franzosen verletzt worden seien. Der deutschen Entwaffnung hätte eine allgemeine Entwaffnung folgen müssen (IX 4-7 {12-14}; XIX 242 {269}, 356 {392}).
Hitler hatte angeboten, bis an das letzte Maschinengewehr zu entwaffnen, vorausgesetzt, daß die anderen Nationen dasselbe tun würden; Deutschland konnte aber nicht in aller Ewigkeit in einer geschwächten Lage bleiben, so daß es zu jeder Zeit angegriffen und vernichtet werden konnte. Die Besetzung des Rheinlandes gab Deutschland eine natürliche Grenze, die das Ruhrgebiet schützte, und wäre für jede Regierung eine Selbstverständlichkeit gewesen. Osteuropa brödelte mit Konflikten zwischen schwerbewaffneten Staaten; Ostpreußen konnte nicht verteidigt werden; die Polen verlangten ganz offen Teile von Oberschlesien (XII 476-479 {520-524}; XIX 224-232 {249-259}, XX 570-571 {623-624}).
Das Französisch-Sowjetische Abkommen vom 5. Dezember 1934 verletzte den Locarnopakt, aber es waren die Deutschen, die in Nürnberg wegen Verletzung des Paktes verurteilt wurden (XIX 254, 269, 277 {283, 299, 308}).

Es war nicht klar, daß die Besetzung von Böhmen und Mähren ein Verstoß gegen das Münchner Abkommen gewesen war (X 259 {293-294}). Der Einmarsch fand statt, weil die Russen dort im Einvernehmen mit den Tschechen, Flughäfen bauten, um die Resttschechei in einen “Flugzeugträger” umzuwandeln, von dem aus Deutschland angegriffen werden konnte (X 348 {394-395}; 427-430 {480-484}).

Roosevelt hatte proklamiert, daß sich Amerikas Interessen auf alle Teile der westlichen Halbkugel ausdehne; Großbritanien verlangte Herrschaftsrecht über die halbe Welt. Es wäre wohl nicht unnatürlich anzunehmen, daß sich deutsche Interessen auch auf die Tschechei ausdehnen konnten. Von Prag bis Berlin war es eine halbe Stunde mit dem Flugzeug. Die tschechische Politik war ganz offensichtlich eine Bedrohung für Deutschland.
Es gibt keine ewiggültigen Verträge auf dieser Welt; normalerweise werden sie überholt und durch andere Verträge ersetzt. Dies wird üblicherweise in den Bestimmungen des Vertrags selbst mit den Worten rebus sic stantibus ausgedrückt. Schon seit 1935 waren Locarno und Versailles überholt.